

Das Politisierungsparadox. Warum der Rechtspopulismus nicht gegen Entpolitisierung und Ungleichheit hilft

MICHEL DORMAL. HEIKE MAUER

Unlängst schrieb Wolfgang Streeck in einem Essay, der Populismus biete zwar keine Lösungen, hole aber „die Politik ins Spiel zurück“ (Streeck 2017, 270). Die „populistische Revolution“ zwingt die Eliten, „wieder mehr auf ihre Staatsvölker zu hören“, statt dem „Rationalisierungsdruck internationaler Märkte“ zu folgen (ebd., 266). Auch Nancy Fraser hält den Populismus für „eine Folge politischer Erdbeben“, die „das Ende der Hegemonie des Neoliberalismus“ anzeigen: Die Wahl Donald Trumps, den Brexit, die Ablehnung der Renzi-Reformen in Italien oder die wachsende Zustimmung zum Front National in Frankreich interpretiert sie als Widerspruch der Wählerinnen und Wähler zum „Giftcocktail aus Sparpolitik, Freihandel, Schuldnechtschaft und schlecht bezahlten prekarierten Arbeitsplätzen, den der herrschende finanzmarktgetriebene Kapitalismus (...) serviert“ (Fraser 2017, 77). Es handele sich um eine „subjektive politische Gegenwehr gegen die objektive Strukturkrise“ des Kapitalismus, um eine Auflehnung der sozial Benachteiligten „gegen ihre politischen Herren“ (ebd., 77f.). Wir nennen das die ‚Korrektiv‘-These: Der Rechtspopulismus erweitere demnach, bei allen hässlichen Begleiterscheinungen, den politischen Möglichkeitsraum. Insbesondere tue er das, indem er sozial schwächere Schichten aktiviere. Diese These vom Rechtspopulismus als der fälligen – wenn auch fehlgeleiteten – Rache der Geschichte am liberalen Mainstream findet sich in verschiedenen Variationen bei einer ganzen Reihe linker Autorinnen und Autoren (neben den genannten z.B. Jörke 2017; Stegemann 2017; einen kritischen Überblick geben Dowling/van Dyk/Graefe 2017).

In unserem Artikel kritisieren wir diese These. Sie beruht auf einem verkürzten Verständnis des Rechtspopulismus. Unsere Gegenthese lautet, dass der Rechtspopulismus selbst konstitutiv (und nicht nur akzidentiell) eine spezifische Form der Entpolitisierung und der Naturalisierung von Ungleichheit darstellt. Eine wichtige Dimension dieser Naturalisierung von Ungleichheit sind die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse. Bei den rechtspopulistischen Angriffen auf die Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse handelt es sich nicht um eine zufällige Schrulle, die dem Phänomen äußerlich wäre. Vielmehr offenbart gerade die antifeministische Obsession, dass es dem Rechtspopulismus nicht darum geht, gesellschaftliche Verhältnisse zu politisieren – sondern darum, sie in autoritärer Weise zu stabilisieren.¹ Wer ihm eine politisierende und egalitäre Funktion andichtet, die nur wieder progressiv zu wenden wäre, sitzt einem Missverständnis auf und unterschätzt das Problem. Mit dem Begriff des Politisierungsparadoxes wollen wir diesen spezifischen Doppelcharakter fassen, der darin liegt, dass der Populismus zwar quantitativ für eine Mobilisierung vormals politikverdrossener Milieus sorgt, qualitativ aber die Entpolitisierung des Zusammenlebens betreibt.

Wir gehen in vier Schritten vor. Zunächst werden gängige Diagnosen zusammengefasst, die Entpolitisierung und Ungleichheit als Probleme liberaler Demokratie ausmachen. Im zweiten Schritt stellen wir die These vom Populismus als vermeintlichem Korrektiv dieser Entwicklung näher vor. Um diese These zurückzuweisen, wird drittens ein anderes Verständnis von Politisierung und von Gleichheit entwickelt. Zuletzt versuchen wir mit Hilfe des Begriffs des Politisierungsparadoxes die Rolle des Rechtspopulismus angemessener zu beschreiben.

Entwicklungstendenzen der Demokratie: Entpolitisierung und Ungleichheit

Seit einiger Zeit beschäftigt sich die Politikwissenschaft verstärkt mit der Frage, ob die westlichen Demokratien eine Erosion oder eine Krise durchlaufen (Heidenreich 2016; als Überblick Merkel 2015). Mit schillernden Begriffen wie „Gegen-Demokratie“ (Rosanvallon 2006), „Postdemokratie“ (Crouch 2005) oder „simulative Demokratie“ (Blühdorn 2013) wird eine Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von den politischen Eliten und eine „Aushöhlung“ (Mair 2013, Übers. MD/HM) konventioneller demokratischer Prozesse beschrieben. Verwiesen wird etwa auf ein wachsendes Misstrauen gegenüber politischen Institutionen, sinkende Mitgliederzahlen von Parteien oder Minusrekorde bei der Wahlbeteiligung. Kurzum: „politics turns into a spectator sport“ (ebd., 44).

Bei allen Unterschieden gibt es einen gemeinsamen Nenner dieser Diagnosen: Sie alle begreifen die Entwicklung als Entpolitisierung. Die Bürgerinnen und Bürger wollen oder können das politische Geschehen nicht mehr mit dem eigenen Handeln in Verbindung bringen oder gar als dessen Ergebnis begreifen. Während nachfrageorientierte Erklärungen die Ursachen dafür bei den Subjekten und ihren konsumorientierten Einstellungen verorten (Blühdorn 2013), machen angebotsorientierte Ansätze eher Frustrationserfahrungen infolge dominanter technokratischer und managerialer Politikstile verantwortlich (Hay 2007; Volk 2013). Immer wieder genannt werden auch Ökonomisierungs- und Globalisierungsprozesse, die politische Entscheidungen verstärkt Sachzwängen und Pfadabhängigkeiten unterordnen und nur wenig Spielraum für grundsätzliche Alternativen lassen. Immer öfter werden Streitfragen an Expertenkommissionen, Zentralbanken oder Gerichte ausgelagert, die nicht mehr an den politischen Wettbewerb zurückgebunden sind und ihre Legitimation aus Expertise und Unabhängigkeit schöpfen, statt diese auf demokratische Repräsentation oder staatsbürgerliche Partizipation zu gründen. So schreibt Hauke Brunkhorst über die europäische Wirtschaftsverfassung, ihre „gesamte institutionelle Balance“ sei „auf Konfliktvermeidung und Konsens, Integration und Invisibilisierung europäischer Entscheidungen programmiert“ (Brunkhorst 2014, 513). Eine solche Politik kommt mit einer passiven Duldung von Seiten der Bürgerinnen und Bürger gut aus und behandelt politische Streitfragen ansonsten so, „als ob es sich lediglich um Sachfragen handele, die mit ausreichend Sachverstand in ruhiger, nicht-politisierter Atmosphäre von Experten (...) abgearbeitet werden können“ (Volk 2013, 81).